

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

9.7.1932 (No. 158)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedel-  
Straße Nr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Amend,  
Karlsruhe

Wesenspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, bei Abrechnung halbjährlich und vierteljährlich werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedel-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, anwaltlicher Vertretung und Konfliktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

## Keine deutschen Tributzahlungen mehr

### „Es ist getan“ — Restlose Beseitigung der Reparationen — Restzahlung drei Milliarden bei deutscher Leistungsfähigkeit — Reichsbahn und Reichsbank frei — Der Reichskanzler im Rundfunk

Nach wochenlangem harten Ringen hat Deutschland auf der Lausanner Konferenz sein Ziel, die restlose Beseitigung der Reparationen erreicht. Mit dem Abkommen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab die Regierungsschuld aus dem Youngplan in Höhe von zirka 35 Milliarden Reichsmark gefallen. Das bedeutet die Beseitigung einer auf 57 Jahre sich erstreckenden jährlichen Zahlung, wovon auf die ersten 35 Jahre jährlich rund 2 Milliarden entfallen. Keinerlei Reparationszahlung irgendwelcher Art und Form ist in Zukunft mehr zu leisten.

Mit diesen Worten wird die amtliche Feststellung über das Ergebnis der Lausanner Verhandlungen eingeleitet. In den Erklärungen dazu heißt es weiter: Deutschland hat die entsprechend dem Hoover-Moratorium übernommene Restzahlungsverpflichtung bei der Gesamtregelung mit in Anschlag bringen müssen. Diese Verpflichtung wird aber nicht etwa in festen Jahresraten gezahlt, sondern durch besondere Reichsschuldverschreibungen dargestellt, die nur dann auf den Markt gebracht werden dürfen, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Vorher beginnt weder Zinslauf noch Tilgung auf diese Reichsschuldverschreibungen. Die Begebung der Reichsanleihe auf den auswärtigen Märkten kann nur in einer Höhe erfolgen, die der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß soweit innerhalb einer Frist von zwölf Jahren die Begebung auf den ausländischen Märkten nicht gelingt, der nicht gegebene Restbetrag verfällt. Ob die Reichsanleihe also überhaupt begeben werden kann, wird davon abhängen, ob Deutschland im Zeitraum von zwölf Jahren seine volle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wiedererlangt.

Der entscheidende Unterschied gegenüber den vorgesehenen Hoover-Zahlungen mit ihrer Gefährdung durch den Transfer liegt darin, daß jede Zahlung nur dann in Frage kommt, wenn die deutsche Kreditlage es gestattet.

Die Maximalhöhe dieser von uns unter Voraussetzung einer vollkommenen wirtschaftlichen Gesundung zu leistenden gesamten Zahlung beträgt drei Milliarden Reichsmark, deren Begebung, wie schon gesagt, davon abhängt, ob sie innerhalb der zwölfjährigen Frist ohne Störung unserer Leistungsfähigkeit und Kreditfähigkeit auf den ausländischen Märkten placiert werden können.

Mit der endgültigen Beseitigung der Reparationen ist unsere Unabhängigkeit in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht vollkommen wiederhergestellt. Dadurch ist also auch die vollkommene Lösung von bisher noch nach dem Youngplan bestehenden Bedingungen, insbesondere auch der Reichsbahn und der Reichsbank, und die völlige Wiederherstellung unserer inneren Souveränität erfolgt.

Kreditpolitisch schafft die Streichung der Reparationen eine neue Grundlage für den deutschen Kredit. Damit ist die wesentlichste Voraussetzung für den Aufschwung der gesamten Wirtschaft gegeben. Politisch bedeutet das Ergebnis der Lausanner Konferenz die Befreiung aus den Fesseln der Reparationen und den Beginn einer neuen Ära zwischen den Völkern.

Mit den Lausanner Verhandlungen ist aufs engste verknüpft gewesen die Erörterung der politischen Fragen, die die Deutschland durch den Verfall der Vertrag vorkriegsähnliche Gleichberechtigung betreffen. Durch zahlreiche Versprechungen mit den führenden Staatsmännern sind sie der Lösung weiter entgegengeführt. Unser Standpunkt in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes ist durch die Lausanner Verhandlungen festgelegt und kann, wenn er auch hier noch nicht von allen Nationen angenommen ist, nie wieder aus der Erörterung verschwinden. Die Reichsregierung wird die durch den Vertrag von Lausanne gewonnene außenpolitische Freiheit benutzen, um die politischen Fragen auch weiterhin mit größter Energie zu betreiben.

Am Freitagnachmittag nach 2 Uhr war die bedeutungsvolle Sitzung zu Ende. Herrriot begrüßte die Presse mit den Worten: „C'est fait“ (Es ist getan). In den Nachmittagstunden des Freitag wurden dann von den juristischen Sachverständigen der Mächte die Texte des Abkommens ausgearbeitet. Um 10 Uhr abends fand dann die große Sitzung statt, in der das Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegeben wurde. Der Präsident Macdonald richtete an die anwesenden Delegierten Glückwünsche über den Stand der Arbeiten und verlas die einzelnen Teile der Abkommen nach ihren Punkten. Der erste Teil behandelt das Reparationsabkommen mit Deutschland.

Macdonald rief dann die verschiedenen Delegierten auf, ihre etwaigen Vorbehalte zu den etwaigen Dokumenten bekanntzugeben. Da in der Reihenfolge des französischen Alphabets Deutschland zuerst aufgerufen wurde und es zu den beiden ersten Dokumenten keine Einwendungen zu machen hatte, wies Macdonald launig darauf hin, daß das ein gutes Beispiel für die einladenden Mächte sei. Es wurden auch im

weiteren Verlauf keine Einwendungen erhoben; nur ersuchte der Reichskanzler in bezug auf den in der Anlage II angeführten Fall einer fehlenden Zustimmung um Aufklärung über das vorgesehene Verfahren. Man verständigte sich dahin, daß vor irgendwelchen Maßnahmen eine neue Konferenz einberufen werden müßte.

Am Schluß der Auftrufe gaben der Reihe nach die Vertreter der eingeladenen Mächte Erklärungen ab, wonach sie nicht in der Lage gewesen seien, die Dokumente rechtzeitig zu prüfen und ihren Regierungen zu übermitteln, weshalb sie in bezug auf ihre Unterzeichnungsbereitschaft abwarten müßten, obwohl sie dem Sinne nach durchweg ihren guten Willen zum Ausdruck bringen wollten.

Darauf ergriff der französische Ministerpräsident zu einer kurzen Rede das Wort. Er führte u. a. aus: Die französische Delegation sei sehr über das Ergebnis der Lausanner Konferenz erfreut. Einen großen Teil des Erfolges sei dem Präsidenten, dem englischen Premierminister zu verdanken. Er sei besonders erfreut darüber, daß man, obwohl die Meinungen in vielen Punkten manchmal auseinandergegangen seien, sich auf eine Formel habe einigen können, die in einem neuen Geist ditiert worden sei, der sich nun Bahn brechen würde. Man habe der Leidenschaft die Tür geschlossen und der Gewalt die Vernunft vorgezogen. Jeder Staat habe zwar seine berechtigten Interessen verteidigt, aber er habe auch zum Wohl der Allgemeinheit große Zugeständnisse gemacht. Man sei auf dem besten Wege, zu einer Lösung des europäischen Problems zu kommen. Die Konferenz von Lausanne habe ihr Programm ausgefüllt. Es handle sich nunmehr darum, daß die Völker auch ihr Teil an der allgemeinen Zusammenarbeit beitragen, um die leidende Welt durch Geduld und Mühe zu heilen. In den letzten Wochen habe er mit tiefer Erschütterung von den Leiden des deutschen Volkes gehört. Er könne deshalb nur wiederholen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo alle Völker selbst mithelfen müssen, um einen neuen Geist der Versöhnung zu schaffen. Eine neue Ära sei nun angebrochen, ein neuer Geist sei da, der Geist von Lausanne, der allen als Richtschnur dienen müsse. Man habe bisher nur immer auf die Verschiedenheiten zwischen den Völkern hingewiesen. Es sei nun die Zeit gekommen, auch diese Verschiedenheiten zu vergessen, und auf die Ziele hinzuweisen, die allen Völkern gemeinsam seien. Man müsse nun die neuen Lebenskräfte, sei es auf materiellem, sei es auf geistigem Gebiet entwickeln, man müsse ein neues Vertrauen schaffen. Herrriot schloß mit dem Hinweis auf jene Worte, die er als die tiefsten und wichtigsten bezeichnete: Friede auf Erden den Menschen, die guten Willens sind.

Herrriots Rede wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Nach ihm sprach noch der englische Schatzkanzler Chamberlain, der gegen 11 Uhr bereits Lausanne wieder verlassen mußte, um nach London zurückzukehren. Er sprach den anwesenden Konferenzteilnehmern seinen Dank für ihre Mitarbeit aus und hoffte, daß der Hauptweck der Konferenz, nämlich den Millionen von leidenden Menschen zu helfen, nie aus den Augen verlieren werde.

Alsdann ergriff der deutsche Reichskanzler das Wort, der zuvor im Rundfunk über alle deutschen Sender gesprochen hatte. Hierbei sagte der Reichskanzler: In dieser historischen Stunde ist für Parteipolitik kein Raum. Denn je größer das zu behandelnde Problem ist, um so freier, um so höher muß der Standpunkt sein, von dem aus man an die Lösung einer so schweren Aufgabe herantritt. In Lausanne geht es um nicht mehr und nicht weniger als um das Schicksal des deutschen Volkes und mit ihm um die Zukunft der abendländischen Welt. Unsere Aufgabe war, die Vergangenheit zu liquidieren und für die Zukunft das deutsche Volk von dem ungeheuren Druck zu befreien, der jede wirtschaftliche Tätigkeit lähmt, jede Aufbauarbeit stört, der den Kampf aller gegen alle bedeutete. Es galt, die Lebensgrundlagen zu schaffen, die der Nation den geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichen.

Schwerste Krisen waren in Lausanne zu überleben, oft schien kaum ein Ausweg möglich. Die Folgen eines Scheiterns dieser Konferenz, die völlig hoffnungslose Fortführung des letzten Vertrauens in den gefundenen Sinn der Staatsmänner, diese Folgen waren aber so groß und unübersehbar, daß immer wieder zerrissene Fäden neu geknüpft werden mußten.

Die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt erforderte die restlose Beseitigung von Reparationszahlungen. Darüber hinaus galt es aber auch, einen Weg zu suchen, der das Vertrauen der Völker auch von den Schladern befreite, die Ursachen und Folgen der unerträglichen wirtschaftlichen Lasten sind, die Deutschland bedrückten.

Ich habe das Bedürfnis, der Heimat den Dank der deutschen Regierung auszusprechen. Das musterwürdige Verhalten des gesamten deutschen Volkes in diesen schweren Wochen hat uns die Kraft und den Mut gegeben, unverzagt, unser Ziel vor Augen, zu kämpfen. Wie schon so oft in der deutschen Geschichte, hat der feste Glaube an eine bessere Zukunft sich bewährt. Hierfür dem deutschen Volk zu danken, ist mir in dieser Stunde ein ernstes Bedürfnis.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### \* Zur politischen Lage

Abchluß in Lausanne

Ministerpräsident Herrriot hat den Ruf, der ihm vorausging, durchaus gerechtfertigt; nämlich den Ruf, ein Radikalfazialist zu sein, der im Grunde genommen aber gar nicht zu seiner Partei gehört, sondern eher auf dem Boden einer Rechtspartei, etwa in der Nachbarschaft Lardieus stehen könnte. So hat er auch in Lausanne den Mut nicht aufgebracht, um in machtvoller Weise eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen einzuleiten, obwohl ihm der deutsche Reichskanzler, Herr von Papen, mit seiner ganzen verbindlichen Art und seiner auf ehrliche Verständigung abzielenden, politischen Grundanschauung wahrlich Gelegenheit genug dazu bot.

Herrriot blieb den Gedankengängen aus einer Epoche verhaftet, die heute bereits innerlich und äußerlich abgeschlossen hinter uns liegt, einer Epoche, die uns und Europa in das größte Elend gestürzt hat. Längst haben die Völker das Unselige der Mentalität jener Zeit begriffen und nur in einzelnen Kreisen, vor allem in den Redaktionsstuben der Presse spukt noch der alte Geist sinnloser Überheblichkeit und Selbstsucht.

Die politischen Fragen sind es gewesen, über die Herrriot nicht hinwegkam. Es war ihm nicht möglich, einzusehen, daß die Voraussetzung für die wahre Wiedergeburt Europas eine aufrichtige Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist, daß aber eine solche Verständigung nur auf der Basis der Gleichberechtigung zustande kommen kann. Wenn Herrriot ein großer, europäisch fühlender Staatsmann wäre, hätte er schon zu Beginn der Konferenz in einer rhetorischen Rundgebung die Diskrimination Deutschlands, wie sie im Friedensvertrag an mehreren Stellen zum Ausdruck gelangt, widerrufen und für erledigt erklärt und damit die Bahn frei gemacht für eine großzügige Politik des europäischen Wiederaufbaus. Damit hätte sich Frankreich eine Hegemonie gesichert, die viel besser und stärker begründet wäre, als die wirtschaftliche, finanzielle und politische Vorherrschaft, die es auf dem Kontinent nach wie vor anstrebt. Es wäre eine Hegemonie moralischer Art gewesen, deren Folgen für Frankreich sicherlich viel segensreicher gewesen wären, als es die Folgen einer nur auf Machtgier und Herrschsucht aufgebauten Politik sein werden.

Bei alledem hätten die berechtigten französischen Interessen durchaus nicht notzuliden brauchen. Diesen Interessen wäre sogar durch die Tatsache einer aufrichtigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland am besten gedient gewesen. Auch die Rücksicht auf die von Frankreich mehr oder minder abhängigen osteuropäischen Staaten hätte Herrriot nicht hindern dürfen, jenes große Wort der Versöhnung auszusprechen. Denn, schon allein finanziell gesehen, wächst sich das osteuropäische Geschäft Frankreichs immer mehr und mehr zu einer großen Enttäuschung aus. Wenn die Dinge wirtschaftlich so weiter gehen, wird Frankreich auch nicht einen Sou von der Summe wieder erhalten, die es in das osteuropäische Geschäft hineingesteckt hat. Die französischen Milliarden werden in demselben Maß der Danaiden verschwinden, wo auch die zwanzig Milliarden verschwunden sind, die Frankreich einst dem Rußland des weißen Jaren geliehen hat. Den osteuropäischen Mittelstaaten aber wird die französische Unterstützung auf die Dauer ebenfalls nicht helfen. Statt, daß diese Staaten gezwungen werden, sich einer vernünftigen und sparsamen Wirtschaftspolitik zu widmen, werden sie durch Frankreich künstlich im Fieberausch einer militärisch befruchteten Machtpolitik gehalten und verschwendet die eigenen sowohl, wie die Mittel Frankreichs für die Aufrechterhaltung einer Rüstung, deren gigantischer Umfang unsinnig ist, zumal diese Rüstung im Ernstfalle doch nicht ausreichen würde.

So ist Herrriot und mit ihm Frankreich unbelehrbar seinen Weg weitergegangen. Denn das Vertragswerk, das gestern nach langwierigen Verhandlungen unter Zustimmung Frankreichs in Lausanne zustande gekommen ist, wird gerade dadurch charakterisiert, daß es — von einer zu nichts verpflichtenden, höflichen Phrasen der Einleitung abgesehen — jedes Eingehen auf die politischen Forderungen Deutschlands, jede ausdrückliche Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands vermeidet. Das Vertragswerk hat lediglich finanzielle und wirtschaftliche Bedeutung. Diese Bedeutung ist allerdings gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Vom national-wirtschaftlichen Standpunkt aus wird man in Deutschland deshalb der Beurteilung, wie sie dem Vertragswerk gestern noch vom Reichskanzler von Papen in einer Rundfunkrede zuteil wurde, durchaus zustimmen. Deutschland ist ein für allemal von einer furchtbaren Last befreit, und auch die theoretisch noch zu zahlenden 3 Milliarden werden nur gezahlt werden können, wenn die deutsche Wirtschaft sich wirklich erholt hat; nach 12 Jahren wird aber jegliche Zahlung fortfallen. Mit diesen Bestimmungen ist jetzt der Weg frei geworden für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Vertrauens in Europa, für die Wiedergeburt der deutschen Wirtschaft selbst.

Etwas anders wird das Urteil über das Vertragswerk lauten müssen, wenn man es rein vom Standpunkte nationaler Politik aus betrachtet. Der Trost, daß die ganze übrige Welt heute bereits die Kriegsschuldigen gestrichen hat, ist gering, da Frankreich sich an dieser Streichung nicht beteiligt, und jede offizielle Annulierung der Kriegsschuldigen unterblieben ist. Und auch die Gleichberechtigung ist in Lausanne noch nicht erkämpft worden. Das wird eine Aufgabe der Abrüstungskonferenz und anderer Verhandlungen der nächsten Zukunft sein. Dennoch wollen wir uns im Interesse unserer Wirtschaft des in Lausanne Erreichten freuen und hoffen, daß dem einen Erfolg sich bald noch andere hinzugesellen.

#### Frankreich und England

Zweifellos hat die Lausanner Konferenz die Tatsache der politischen Isolierung Frankreichs ergeben. Und zwar war es diesmal, entgegen allen skeptischen Vorhersagen, England, das fest bei der nun einmal gewonnenen Erkenntnis blieb und zusammen mit Italien gegen die französische Delegation operierte. Das Verhalten MacDonalds und der britischen Delegation hat denn auch bei den Franzosen und in einem Teil der Pariser Presse Äußerungen des Argers hervorgerufen, die teilweise so beschaffen waren, daß sie sich kaum noch mit den Gesetzen diplomatischer Rücksichtnahme vereinbaren lassen.

Wie ist diese feste Haltung Englands zu erklären? Warum ist es diesmal nicht umgekippt? Nun, es liegt die Geschichte eines an Lehren sehr reichen Jahres hinter ihm. In diesem Jahr hat auch der beschränkteste britische Untertan einsehen gelernt, daß die französische Politik seit Jahren finanziell, wirtschaftlich und diplomatisch kein anderes Ziel gekannt hat, als England zu schwächen und schließlich dahin zu bringen, daß es willensloses Werkzeug oder ohnmächtiger, neutraler Zuschauer der Pariser Politik wird.

Mit einer ungeheuren Anstrengung, für die auch die Historiker späterer Zeiten kaum ausreichende Worte der Bewunderung finden werden, hat sich England von der drohenden Umklammerung durch die vergoldete Faust Frankreichs befreit. Die finanzielle Selbständigkeit Großbritanniens gegenüber Frankreich, ist wieder erlangt worden. Und gerade zur rechten Zeit erschien darüber ein Buch aus der Feder eines allgemein anerkannten Finanzschriftstellers, des Herrn Ginzig, und in diesem Buch wurde ganz nüchtern und sachlich an der Hand eines überwältigenden Materials vor aller Welt der Nachweis erbracht, daß Frankreich seit 1927 nichts anderes getan hatte, als England zu schaden und in seiner Finanzposition vollkommen zu erschüttern.

In England weiß heute jedes Kind, was man von Frankreich und seiner Politik zu halten hat. Und selbstverständlich denkt das Londoner Kabinett auch nicht im Schlafe daran, sich weiterhin von einer Großmacht mißbrauchen zu lassen, die nicht einmal dem zu eigennützigsten Zwecken Mißbrauchten das Leben lassen will. So wird London, wie auch die Dinge in der nächsten Zeit laufen mögen, sicherlich nicht an der Seite Frankreichs stehen.

#### Aktion gegen den Kommunismus

Wie einzelne Blätter aus Berlin zu melden wußten, soll in der nächsten Woche eine neue Besprechung der Innenminister der Länder beim Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl stattfinden, um eine neue, umfassende Aktion gegen den Kommunismus einzuleiten. Offenbar ist es der Verlauf des Leipziger Sprengstoffprozesses gegen Rabenmüller und seine 23 Genossen, der zusammen mit den täglichen Beobachtungen der letzten Wochen dem Reichsinnenministerium den Gedanken an ein solches Vorgehen nahegelegt hat.

Nach den Erklärungen des Oberstaatsanwalts in diesem Prozeß sammelt die kommunistische Partei planmäßig in Deutschland Waffen und Sprengstoffe und richtet planmäßig Sprenggruppen ein. Allein in den Händen der angeklagten 24 Kommunisten hätten sich mindestens 380 Pfund Sprengstoff befunden! Damit hätte man mindestens 3000 Handgranaten herstellen können. Jedenfalls befäßen die Kommunisten Sprengmittel genug, um Lokomotiven, Fabrikessel, Eisenbahngleise, Brücken, Häuser usw. in die Luft sprengen zu können. Eine solche Ansammlung von Sprengstoffen sei eine ungeheure Gefahr. „Wem jetzt darüber noch nicht die Augen geöffnet sind, dem ist nicht zu helfen, der wird erst klug werden, wenn Tausende von Menschen dahingemordet sind!“ Mit diesen Worten hat der Oberstaatsanwalt seine Anklagerede geschlossen.

Es versteht sich von selbst, daß eine jede Länderregierung in Deutschland, mag sie parteipolitisch so oder so zusammengesetzt sein, ohne weiteres das Reichsinnenministerium in seinen Bestrebungen, eine solche Gefahr zu bekämpfen, unterstützen wird. Über die zweckmäßigste Art und Weise, wie das zu geschehen hat, wird man sich sicherlich rasch einigen können.

#### Süddeutsche Politik

In den letzten Tagen sind führende Politiker Bayerns und Württembergs mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten, denen deshalb erhöhte Bedeutung beizumessen ist, weil sie zeigen, wie töricht das Gerüde von dem Vorhandensein separatistischer Gedanken in Süddeutschland ist. Am entschiedensten hat sich der bayerische Ministerpräsident Held ausgesprochen. Er bezeichnete es als eine Lüge, wenn jemand sage, die bayerische Regierung seien Separatisten, die Volk und Vaterland im Stiche lassen könnten. Man lasse sich in Bayern in der Treue zu Deutschland von niemandem übertreffen, auch von niemandem in Berlin. Gerade, weil man gut bayerisch sei, sei man auch gut deutsch. Und der Führer der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, hat seinerseits mit allem Nachdruck betont, daß die bayerische Staatsregierung in allem immer nur den Weg der Besonnenheit, den Weg von Recht und Gesetz gehen werde. Aber wer in Deutschland regiere, müsse sich daran gewöhnen, daß südlich des deutschen Mittelgebirges Deutsche wohnen, deren Volkscharakter eben anders ist, als die Art des Menschen, der in der norddeutschen Tiefebene wohnt. Nicht gegen die neuen Männer der Reichsregierung als Menschen habe man sich in Bayern gewandt, sondern gegen die ungeheueren politischen Gefahren, die sich aus der Art des letzten Kurswechsels ergaben.

Daß man in Württemberg und Baden die Dinge ähnlich beurteilt, wie es hier durch die Herren Held und Schäffer geschieht, ist bekannt. Was die Einstellung zu den Nationalsozialisten betrifft, so hat der württembergische Staatspräsident Dr. Volz kürzlich erklärt, daß so, wie die innere politische Situation sich entwickelt habe, es auch im Interesse des Zentrums läge, daß die Nationalsozialisten im Reich an das Ruder kommen. „Wir wünschen, daß die Nationalsozialisten die Verantwortung für die Reichsangelegenheiten mitübernehmen, damit sie dann das aufzeigen können, was man bei dieser Bewegung bisher vermist habe: ein positives Ziel.“ Ganz ähnlich hat sich übrigens auch der preussische Innenminister Severing ausgesprochen. Auch er hat es für notwendig bezeichnet, daß die Nationalsozialisten so rasch als möglich im Reich die volle Verantwortung übernehmen.

#### Badische Finanzen

Der badische Finanzminister Dr. Mattes hat dieser Tage in einer Pressebesprechung nähere Erläuterungen zu dem endgültigen Rechnungsabschluss für das Rechnungsjahr 1931 gegeben. Dieser Abschluß ist so, daß er den Karlsruher „Volksfreund“ zu der Bemerkung veranlaßt hat, daß man der badischen Finanzverwaltung und damit der gesamten Staatsverwaltung für diesen im ganzen gefundenen Jahresabschluss die Anerkennung nicht werde verweigern können. Was hier das Organ der zweitstärksten Koalitionspartei in Baden schreibt, ist richtig und nicht zu befechten.

Ein Fehlbetrag von 2,6 Millionen Reichsmark, wie er sich auf Ende März 1932 ergibt, ist schon an und für sich unter den heutigen Verhältnissen und im Hinblick auf die Tatsache, daß wir einen Jahresetat von weit mehr als 200 Millionen haben, ein keineswegs beunruhigendes Resultat. Hinzu kommt aber noch bei einer Beurteilung dieses Defizits die Erwägung, daß der weit aus größte Teil des Fehlbetrages (nämlich zirka 2,3 Millionen Reichsmark) ein Mehrguthaben darstellt, welches der Staat bei den Gemeinden hat. Hätten die Gemeinden sämtlich ihren Verpflichtungen nachkommen können, so würden diese 2,3 Millionen fortfallen, und der Fehlbetrag würde überhaupt nur 300 000 RM. betragen. Abgesehen hatte Finanzminister Dr. Mattes schon vorher mit einem Fehlbetrag von 2,7 Millionen Reichsmark gerechnet. Seine Schätzung hat sich also als richtig erwiesen.

#### Kabinettsitzung und Presse-Empfang am Montag

##### Der Kanzler fährt zu Hindenburg

GW. Berlin, 9. Juli. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird nach der für morgen erwarteten Rückkehr der deutschen Delegation das Kabinettsitzung am Montagvormittag um 10 Uhr eine Sitzung abhalten, in der der Reichskanzler über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz persönlich Bericht erstatten wird. Im Anschluß daran wird der Kanzler dann um halb 12 Uhr die Presse empfangen, um der deutschen Öffentlichkeit die neue Situation noch mehr im einzelnen auseinanderzusetzen, als das in seiner kurzen Rundfunkrede möglich war.

Im Laufe der Woche fährt Herr von Papen auch nach Neudorf, zum Vortrag beim Reichspräsidenten. Dieser Besuch findet aber erst in der Mitte oder der zweiten Hälfte der Woche statt, da der Reichspräsident den Wunsch hat, sich zunächst einige Tage zu erholen. Im großen und ganzen ist er natürlich auch bisher schon dauernd auf dem Laufenden gehalten worden, und wir glauben zu wissen, daß er mit dem abschließenden Erfolg, den die deutsche Delegation aus Lausanne mitbringt, zufrieden ist. In diesem Zusammenhang läßt sich übrigens feststellen, daß die Befriedigung über den positiven Ausgang der Konferenz in Berlin politisch und vor allem auch wirtschaftlich Kreisen ziemlich allgemein ist. Dabei wird besonders auf die außerordentlich starken Sicherungen hingewiesen, an die die Ausgabe der drei Milliarden Bonds gebunden worden ist.

Die Inkraftsetzung des Lausanner Vertrages wird voraussichtlich noch einige Monate dauern, da die Parlamente in den beteiligten Ländern ihn erst ratifizieren müssen. Die wichtigste Ratifikation ist natürlich die durch den Reichstag, der Ende August zum erstenmal zusammentritt und hiermit gleich im September vor eine bedeutungsvolle Aufgabe gestellt wird. Schätzungsweise könnte der Vertrag von Lausanne dann etwa im Oktober in Kraft treten.

(Fortsetzung von Seite 1)

Nachdem sich der Reichskanzler über die Einzelheiten des Abkommens verbreitet hatte, schloß er: Im Namen Deutschlands melde ich schon heute erneut den Anspruch vor der ganzen Welt an, als Volk mit gleichen Rechten und mit gleichen Pflichten in der ganzen Welt behandelt zu werden. Diese Fragen, insbesondere die der Kriegsschuld und der Wehrfreiheit, sind zwischen den Staatsmännern eingehend erörtert worden. Wenn heute auch noch nicht alle Nationen zu einer Anerkennung unserer Rechte bereit sind, so sind diese, die deutsche Ehre betreffenden Fragen nun vor dem Weltforum aufgeworfen worden. Der neue Zeitabschnitt, der heute für das deutsche Volk beginnt, die nun wiederhergestellte wirtschaftliche Freiheit und die Unabhängigkeit von den anderen Ländern werden es der deutschen Regierung ermöglichen, nun auch die politische Freiheit zu erlangen. Unser Weg von der heute erreichten wirtschaftlichen Stabilisierung des Krieges wird und muß zum Frieden in Ehren führen. Darin weiß ich heute die deutsche Regierung mit dem gesamten deutschen Volk einig.

In der Sitzung selbst bemerkte Kanzler von Papen: Ich erkenne hiermit an, daß die Gläubiger Deutschlands Opfer gebracht haben, um die endgültige und völlige Beseitigung des Systems der Reparationen zu ermöglichen. Auch uns Deutschen ist die Annahme dessen, was das Lausanner Abkommen uns auferlegt, nicht leicht geworden. Wir sind uns bewußt, auf die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, was wir noch verantworten konnten. Ich schreibe mit der Versicherung, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk bereit und willens sind, in Zusammenarbeit mit Ihnen, meine Herren, und mit allen Regierungen und Völkern der Erde den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Angriff zu nehmen und die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen, die die unbedingte Voraussetzung erfolgreicher Arbeit und wirtschaftlicher Prosperität sind. Ich hoffe, daß die Konferenz von Lausanne einen neuen Ausblick auf eine glückliche Zukunft eröffnen wird.

Es sprach dann Mosconi, Italien, und als letzter Redner Benin, Belgien, der gleichfalls die konstruktive Idee der in Lausanne geleisteten Arbeit unterstrich und allen Beteiligten für die Mitwirkung im Geiste der Zusammenarbeit dankte.

Diese Sitzung schloß Freitag abend um 11.45 Uhr.

Der Aufbau des Lausanner Abkommens ist folgender: 1. Das Abkommen mit Deutschland; 2. Übergangsmassnahmen zu diesem Abkommen; 3. die Frage der Reparationen, zu deren Regelung ein Komitee eingesetzt und das Moratorium bis 15. Dezember verlängert wird; 4. eine Resolution betr. Mittel- und Osteuropa; 5. eine Resolution des Lausanner Wirtschaftsausschusses betr. die Weltwirtschaftskonferenz.

Nach einer politischen Einleitung, der eine Präambel über die Vorgeschichte der Konferenz vorangeht, folgt ein Vertragstext, der in elf Artikeln die Frage der Schuldverhältnisse aus und seit dem Haager Abkommen vollständig regelt. Es wird festgestellt, daß das Haager Abkommen beendet und vollkommen erfüllt wird durch den Lausanner Vertrag, und das wird im einzelnen ausgeführt. Die Sonderbestimmungen in Bezug auf die Young- und Dawesanleihe usw., soweit sie aufrechterhalten werden mußten, werden aufgeführt. Dagegen werden alle übrigen unter dem Youngabkommen und dem Hoover-Moratorium eingegangenen Verpflichtungen oder überreichten Teil rückgängig gemacht. So wird das Generalzertifikat zurückgegeben, das unter dem Hoover-Moratorium überreicht wurde, und es wird die deutsche Goldanlage bei der WSB durchgegeben usw. und es werden die Verpflichtungen der Reichsbahn und der Reichsbank usw. aufgehoben.

#### Reichsbankpräsident Luthers über das Lausanner Ergebnis

Reichsbankpräsident Dr. Luthers sprach im Weltwirtschaftsinstitut der Universität Kiel über das Ergebnis der Lausanner Konferenz. Die deutschen Minister hätten in Lausanne das Bestmögliche herausgekämpft. Das deutsche Volk müsse nun auf dieser Grundlage weiterarbeiten. Die Ursachen für die Weltwirtschaftskrise seien vielleicht noch nicht völlig beseitigt, aber die Voraussetzungen zu ihrer Überwindung seien jetzt geschaffen.

#### Amerika ist zufrieden

Die Nachricht von der Einigung in Lausanne wurde im Wallstreet mit großer Befriedigung aufgenommen. Allerdings betonten die Bankiers, insbesondere die Bankiers, die sich an Krediten für Deutschland beteiligt haben, daß es weiterhin noch vieler politischer und auflärender Arbeit bedürfe, bis die Liquidation der Kriegskosten zu Ende geführt sei. Es sei zu hoffen, daß die psychologische Auswirkung des jetzigen Schrittes mit der dadurch geschaffenen Aussicht auf eine weitere Vereinigung der politischen und kreditpolitischen Lage in Deutschland auch in den Gläubigerstaaten die Stimmung für eine engere finanzielle Zusammenarbeit mit Deutschland bessere. Auch im Staatsdepartement äußerte man sich überaus befriedigt. Nach Ratifizierung des Reparationsabkommens ist man bereit, mit den Regierungen der einzelnen alliierten Schuldnerländer über eine Neuregelung in der Schuldenfrage zu verhandeln.

#### Die Auslandspresse

Der Außenpolitiker des „Journal“ schreibt: Die politischen Bedingungen seien aus dem Vertrage ausgeschaltet worden. Aber man habe davon zu viel gesprochen, als daß man diese Frage für endgültig geregelt ansehen könnte. Man dürfe sich also nicht einbilden, daß jetzt das goldene Zeitalter der endgültigen Entspannung beginne. — Der „Populaire“ meint, die Regelung des Reparationsproblems bringe die Lösung der Wirtschaftskrise, die die ganze Welt in ihren Grundfesten erschüttere, nicht weiter. Diese Lösung müsse auf einer Weltkonferenz mit Beteiligung der Vereinigten Staaten studiert werden. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Genfer Abrüstungskonferenz die Lausanner Reparationskonferenz vervollständigen müsse.

„Times“ schreiben zu der Lausanner Regelung, ein Gift sei aus dem Wirtschaftssystem Europas herausgenommen worden. Alle Staatsmänner, die das große Werk zustande gebracht hätten, verdienten uneingeschränkte Dankbarkeit. Reichskanzler von Papen werde zweifellos, so meint das Blatt, kritisiert werden, weil in dem Vertrag keine spezifische Bezugnahme auf die Kriegsschuld Klausel zu sein scheine. Seine Kritiker sollten aber überlegen, daß kein Vertrag durch eine Unterzeichnerpartei allein revidiert werden könne. — Auch „Morning Post“ wertet das Abkommen als einen Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung des Vertrauens. Deutschland habe jedenfalls Grund, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. — „Daily Express“ bezeichnet es als ausgezeichnet für Deutschland, von allen Reparationen für alle Zeiten durch die Abgeltung mit einer mäßigen Summe befreit zu sein. Von Amerika hänge es nun ab, das Lausanner Abkommen aus einem toten Papier Wirklichkeit werden zu lassen.

Die gesamte Wiener Presse bejubelt ausführlich die erfolgte Einigung in der Reparationsfrage und begrüßt sie fast ausnahmslos als großen finanziellen und moralischen Erfolg Deutschlands.

## Englands Rolle in Lausanne

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in ihrer Betrachtung „Jenseits der Reparationen“: Die englische Delegation hat es an Vermittlungsversuchen freilich nicht fehlen lassen. Der erste Teil der Konferenz ist ja überhaupt damit verbracht worden, daß Herr Macdonald die unmittelbare Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland verhinderte, und zwischen den beiden Delegationen den Rasler spielte. Aber schon in der eröffnenden Generaldebatte wurde es deutlich, daß die vorher in England so oft delaminierte „reine Schiedstafel“ angeht, der französischen Haltung eben nur Deklamation blieb, und daß Herr Macdonald darauf verzichtete, den Willen der englischen Öffentlichkeit in Lausanne mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Bedeutet man, daß während der Verhandlungen in England selber die ernsthaftesten Stimmen laut geworden sind, es möge die englische Regierung vorgehen, und so weit es an ihr läge, jene Politik der reinen Schiedstafel verwirklichen, so scheint es, daß Herr Macdonald noch andere Möglichkeiten gegeben waren, als die, die er bei seinen Vermittlungsversuchen ausgenutzt hat (verzeichnen wir noch, daß gerade in jener eröffnenden Generaldebatte die für den weiteren Verlauf so entscheidend geworden ist, der italienische Vertreter durchaus nicht mit jener Unbedingtheit wie mancherorts geglaubt wird, sich für völlige Schuldverweigerung ausgesprochen hat; daran ändert die nachträgliche Erklärung Herrn Grandis am Schluß der Konferenz sehr wenig). Wir haben Grund, anzunehmen, daß die englisch-französischen Verhandlungen noch mühevoller waren als die englisch-deutschen, und es besteht kein Zweifel, daß gerade infolge englischer Bemühungen zweimal der Abbruch der Konferenz vermieden worden ist. Aber mehr Nutzen haben die englischen Bemühungen auch nicht gebracht.

## Das Lausanner Abkommen unterzeichnet

Lausanne, 9. Juli. (Tel.) Pünktlich um 10 Uhr begann in dem großen Sitzungssaal, in dem vor etwa drei Wochen die Konferenz eröffnet wurde, die feierliche Schlussfeier. An dem großen, hübschen Tisch hatten die Vertreter der Mächte in der gleichen Reihenfolge Platz genommen wie damals. Zahlreiche zugelassene Gäste aus dem Publikum und die Pressevertreter umsäumten den Beratungstisch.

In der Mitte saß Macdonald als Präsident, rechts neben ihm Frankreich, links England, anschließend Deutschland. Nachdem die Hammerschläge gefallen, die die Konferenz eröffnen, erteilt Macdonald dem britischen Außenminister Sir John Simon das Wort, um im Namen Großbritanniens eine Erklärung abzugeben. Sie hat die Bedeutung, daß die Erklärung vom 16. Juni, mit der der Aufschub aller Kriegsschuldengahlungen für die Dauer der Konferenz von Lausanne ausgesprochen wurde, auf eine solche Frist weiter ausgedehnt wird, bis der heute unterzeichnete Vertrag ratifiziert und in Kraft gesetzt oder abgelehnt ist. Die gleiche Erklärung im gleichen Wortlaut wird nach dem englischen Vertreter von Germain-Martin für Frankreich und von Mosconi für Italien abgegeben. Macdonald registrierte diese Erklärungen für das Protokoll und erklärte: Nunmehr ist der Augenblick gekommen, um die Verträge zu unterzeichnen.

An einem kleinen Tisch innerhalb des Hofraums, an dem sonst die Übersetzer ihres Amtes walteten, treten nun, einer nach dem andern, die Delegierten der Mächte, zunächst Macdonald als Präsident, nach ihm der greise Ministerpräsident Belgiens, Renkin, um mit der bereitgehaltenen goldenen Feder die verschiedenen Unterschriften zu vollziehen. Diese Zeremonie dauert längere Zeit, da nicht nur verschiedene Dokumente, sondern auch für jedes Land mehrere Delegierte zu unterzeichnen haben.

Nachdem die fünf einladenden Mächte in alphabetischer Reihenfolge, ferner die britischen Dominions und Polen die Unterschrift mit einer goldenen Feder geleistet haben, folgen die deutschen Delegierten in der Reihenfolge: Reichskanzler, Reichsaussenminister, Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister, denen nacheinander vom Generalsekretär der Konferenz, Sir Maurice Hamet, die Dokumente vorgelegt werden. Damit ist der Unterzeichnungsakt zu Ende. Dem Vertrag wird das goldene Stadtsiegel der Stadt Lausanne, gefertigt von dem Goldschmied Antoine Bobard, angefügt, mit dem zuerst am 7. Dezember 1925 der Vertrag zwischen den Städten Bern, Freiburg und Lausanne bekräftigt worden war. Macdonald teilt hierauf mit, daß zum Vorstehenden der Kommission für nichtbelebte Reparationsfragen der Belgier Theunis und zum Vorstehenden der Kommission für mittel- und osteuropäische Fragen der französische Minister Georges Bonnet vorgeschlagen sind und erbat und erhielt hierzu die Zustimmung der Versammlung. Die Frage der Weltwirtschafts- und Finanzkonferenz, so teilte er mit, werde später, von den Regierungen geprüft und behandelt werden.

Anschließend hielt Macdonald eine große Schlussrede und erklärte darin: Wir haben drei Wochen um eine Einigung

gerungen. Es war nicht leicht, denn die Völker wie die Menschen hängen an ihren Erinnerungen. Aber wenn wir einen Schritt nach vorwärts machen wollen, müssen wir uns von diesen Erinnerungen befreien. Die Konferenz von Lausanne ist das letzte Kapitel des alten und das erste des neuen Buches. Das Kapitel der Reparationen ist geschlossen. Die großen Zahlungen und Transfers sind ein Verhängnis für alle Völker gewesen, der Ursprung all unserer Leiden. Wir haben nun eine einfache und vernünftige Lösung gefunden. Es ist richtig, daß auch Deutschland sich an dem europäischen Wiederaufbau beteiligt. Aber es wäre unvernünftig, große Summen zu verlangen, die nur die Unordnung fortsetzen und vermehren. Wir haben keine politische Klausel in unserem Dokument angebracht; aber wir werden keinen Frieden, keine Sicherheit ohne einen Erfolg der Abrüstungsarbeit haben. Es ist schwer, die Entwicklungslinie zu durchbrechen, aber es ist notwendig, daß wir die Karten auf den Tisch legen. „Reite Strafen liegen vor uns!“, so ruft er zum Schluß mit Erstaunen aus, „die in dem Frieden, in die Sicherheit und in die Wohlfahrt der Menschen führen!“

Beifälliger Applaus lohnte die schwingvoll vorgetragenen Worte. Nach der Übersetzung der Rede Macdonalds sprach Herriot: „Ich grüße ehrfurchtsvoll den Präsidenten dieser Konferenz und sage ihm tiefsten Dank. Diesen Dank können wir aus auf den Generalsekretär der Konferenz, auf seine Mitarbeiter, und auf die Experten.“

## Die Abreise der deutschen Delegation

Lausanne, 9. Juli. (Tel.) Die deutsche Delegation wird am Samstagmorgen um Lausanne abfahren und Sonntag mittag in Berlin eintreffen. Reichsaussenminister Freiherr von Neurath wird sich zunächst noch in Genf aufhalten.

## Kurze Nachrichten

Im Preussischen Landtag erreichte die politische Amnestievorlage, gegen die der Staatsrat Einspruch erhoben hatte, nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Die Sitzung flog auf.

Schwere Beschuldigung des Berliner Polizeipräsidenten. Im Preussischen Landtag behaupteten die Nationalsozialisten durch den Abgeordneten Dr. Freisler, daß ihnen der in diesen Tagen durch einen Unfall tödlich verunglückte Polizeioberleutnant Maas Material über vorschriftswidriges Verhalten der Polizeibeamten überhand habe. Ferner äußerten sie den Verdacht, daß die Führer der Berliner Polizei, der Polizeipräsident Grzesinski und Polizeivizepräsident Weich, politische Morde zum Mittel der Verdeckung ihrer rechtswidrigen Methoden gemacht haben. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter hat der Polizeipräsident Grzesinski in der Landtagsitzung sofort auf die Ungeuerlichkeit dieser Beschuldigungen hingewiesen, und sie als falsch und jeder Grundlage entbehrend gekennzeichnet.

Ergebnisse Staatspräsidentenwahl in Hessen. Der Hessische Landtag, der seine Sitzung nach der ergebnislos verlaufenen Staatspräsidentenwahl um 2 1/2 Stunden unterbrochen hatte, kam auch am Nachmittag nicht zu einer Einigung über die Neuwahl der Regierung. Bei Wiederbeginn der Sitzung teilte der Landtagspräsident mit, daß die Staatspräsidentenwahl auf Wunsch verschiedener Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt sei.

Steinagel gegen die NSDAP in Nassau. In Naunheim im Kreis Biedenkopf, sollte eine nationalsozialistische Versammlung stattfinden. Als die Nationalsozialisten in den Ort einzogen, wurden sie mit einem Steinagel empfangen. In der Wirtschaft des Ortes kam es zu einer Schlägerei. Auf der Straße setzte sich dann das Steinbombardement fort. Die Polizei war machtlos. Den Nationalsozialisten gelang es schließlich, ihre Autos wieder zu erreichen. Auf der Fahrt wurden sie immer wieder mit Steinen besorfen. In Dornheim kam es zu einer zweiten schweren Schlägerei, bei der auch Schüsse gewechselt wurden. Etwa 30 Personen sind verletzt worden, davon neun schwer. In Naunheim verweigerten die Einwohner die Unterbringung der Verletzten in ihren Häusern.

Kommunistischer Aufstand in Chile? Nach Meldungen aus Chile soll in Concepcion und in Talcahuano ein kommunistischer Aufstand ausgebrochen sein.

**Funktionieren Ihre Nieren?**  
Trinken Sie mal einige Zeit  
**Überkinger**  
**Adelheidquelle**  
dann kann's nimmer fehlen. Sie bekommen sie überall. Den interessantesten Prospekt mit den frappanten ärztlichen Gutachten schicken Ihnen kostenlos die  
**Mineralbrunnen A.-G.**  
Bad Überkingen  
Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

die sich ziemlich reger Anteilnahme erfreute, einen würdigen Abschluß.

Für das **Janto-Klavier**, für das schon einmal der Pianist Reberg war, wurde auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe des eigens zu seiner Verbreitung ins Leben gerufenen Janto-Bereins erneut Propaganda gemacht durch Dr. Wilmar Robert Schmidt, einen seit 35 Jahren in Amerika tätigen sächsischen Pianisten, der sich augenblicklich auf einer Europa-Tournee befindet. Unserem früheren Eindruck ist hinzuzufügen, daß man diesmal namentlich von manufaktlogischer Seite der alten Erfindung Paul von Jantos, eines Zeitgenossen und Landsmannes von Franz Liszt übrigens, starkes Interesse entgegenbrachte. Das ist ja auch zu verstehen; denn der Hauptvorzug dieser zunächst so kompliziert anmutenden Konstruktion mit ihren terrassenförmig ansteigenden Tastenreihen beruht zweifellos in einer gegenüber der gewöhnlichen Klaviatur — der menschlichen Handform gemäßen und also weit natürlicheren Anordnung und erleichtert deshalb trotz scheinbar erschwerter Spielbarkeit dem damit einmal Vertrauten erheblich seine manuelle Aufgabe. Weniger wichtig hingegen sind die möglichen neuen Effekte (u. a. beim Glissando), die zudem größtenteils an den Namen eines anderen Erfinders, an Vincenz Chomatijes Stala, anknüpfen. Im Augenblick jedenfalls, wo die gesamte Klavierindustrie auf Neues sinnt, ist es schon ein Verdienst, auch Jantos geniale Idee der Vergegenständlichung zu entzünden, und wenn das im öffentlichen Konzertsaal durch einen Künstler geschieht, der wie Prof. Schmidt nicht nur als Interpret fremder Werke, sondern ebenso begeistert mit eigenen Schöpfungen und sogar Worten dafür eintritt, kann eigentlich nur Brauchbares und also Positives dabei herauskommen. **S. Sch.**

## Vor neuen inneren Aufgaben

### Die Arbeitsdienstplicht

W.D. Berlin, 9. Juli. (Priv.-Tel.) In den nächsten Tagen wird das Reichskabinett an die großen Aufgaben des inneren Programms herangehen, die noch nicht in die letzte Reihenfolge einbezogen werden konnten. Dazu gehören in erster Linie die Maßnahmen, durch die in großem Stil der Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden soll. In den zuständigen Ministerien ist man auch während der drei Wochen von Lausanne eifrig an der Arbeit gewesen, um die Vorarbeiten hierfür fertigzustellen. Im Mittelpunkt dieses Programms steht die Arbeitsdienstplicht und im Zusammenhang damit die Sicherung und die Beschäftigung der Jugend, die man durch Zusammenfassung von Wehr- und Sportverbänden von der Straße herunterbringen will. Hierfür sind in Zusammenarbeit mit dem Reichsinnen- und dem Reichswehrministerium bereits Pläne ausgearbeitet worden. All diese Probleme wird die Reichsregierung auch während der Zeit des Wahlkampfes nun in den nächsten Wochen so vorwärtstreiben, daß man sobald wie möglich zu praktischen Lösungen kommt.

## Verbot nationalsozialistischer Zeitungen

W.D. Kassel, 9. Juli. (Tel.) Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Frankfurt erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Frankfurter Volksblatt“ sowie die in Wiesbaden erscheinende, ebenfalls nationalsozialistische Tageszeitung „Nassauer Volksblatt“, da in ihren Ausführungen eine Beschimpfung der Polizei zu erkennen sei, auf die Dauer von zehn bzw. sechs Tagen verboten.

SA-Aufmarschverbot an der Berliner Siegessäule. Der „Angriff“ greift den Reichsinnenminister in scharfster Form wegen des Verbotes des SA-Aufmarsches an der Siegessäule an. Unter der Schlagzeile „Galt provokiert die SA“, bringt das Blatt in Fettdruck auf der ganzen ersten Seite eine sehr heftige Polemik gegen den Minister, dem der Vorwurf gemacht wird, dem nationalsozialistischen Deutschland das verweigert zu haben, was Tausende Male in den vergangenen Jahren dem Reichsbanner erlaubt worden sei. Anschließend an diese Ausführungen berichtet das Blatt, daß der Generalappell der SA- und SS-Formationen ausfallen wird.

## Kleine Chronik

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, daß der amerikanische Flieger Matern bei der Notlandung in der Nähe von Winsk ernsthaftere Verletzungen erlitten hat. Sein Gefährte Griffin kam mit leichten Hautabstrichungen und Quetschungen davon.

Nach einem Telegramm des „Paris Soir“ sind die Versuche, mit Hilfe der Telephonboje die Verbindung mit dem gesunkenen französischen Unterseeboot aufzunehmen, gescheitert. Die Besatzung hatte in dem geschlossenen Boot für 36 Stunden Sauerstoff. Das U-Boot samt Besatzung ist verloren.

## Badischer Teil

### Die Seage der „Donauverfälschung“

Nach einem eingehenden Studium der ganzen Sachlage und Verhältnisse durch den vom Staatsgerichtshof ernannten Sachverständigen hat dieser ein sehr umfangreiches Gutachten zu Gerichtshänden gegeben. Es ist den beiden Staaten Württemberg und Baden schon vor einiger Zeit zugestellt worden. Wie vorauszusehen war, sind beide Parteien mit dem Gutachten im ganzen nicht einverstanden. Beide Parteien haben ihren Einspruch in eingehenden Schriftsätzen begründet zum Ausdruck gebracht. Auf Grund dieser soll nun auf gestellten Antrag der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches „Recht sprechen“ und das „Urteil“ erlassen. Eine rein juristische Entscheidung kann unmöglich das gewünschte Resultat ergeben, nur die technisch praktische Lösung kann auf Grund freundschaftlicher Verständigung für beide Teile die volle Befriedigung erbringen.

### Die 16. ordentliche Synode der Israel. Religionsgemeinschaften Badens

tagte am 3. und 4. Juli 1932 in Karlsruhe. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden des Oberrats, Professor Dr. Stein, Karlsruhe, hielt Konferenzpräsident Dr. Oppenheim, Mannheim, eine Ansprache, in der er aus der Not der Zeit die religiöse Bedeutung der Synode kündete. Unter dem Alterspräsidenten des Abg. Max Kaufmann, Mannheim, wurde zum Präsidenten der Synode Abg. Dr. Jelsch, Mannheim, zum Vizepräsidenten Abg. Bauer, Mannheim, gewählt. Zur Beratung stand zunächst der Vorschlag für die nächsten drei Jahre; über ihn berichtete nach der eingehenden Beratung durch den Haushaltsausschuß der Abg. Kassewicz, Freiburg; die Synode erteilte einstimmig ihre Zustimmung. Bei der Aussprache standen Unterrichtsfragen und die Fürsorge für die Landgemeinden im Vordergrund.

Es wurde weiter über eine Vorlage des Oberrats verhandelt, gemäß der er ermächtigt wurde, dem geplanten Reichszusammenschluß der einzelnen israelitischen Landesorganisationen beizutreten. Eine Eingabe des Bundes Israel. Wohlfahrtsvereinigungen in Baden forderte Maßnahmen für die Arbeitslosen; auch hierüber fand eine ausführliche Erörterung statt. Berichterstatter für diese Gegenstände war Abg. Leopold Neumann, Karlsruhe.

Die Gesamtagung stand unter dem Zeichen der Not, die sich in allen Teilen der Israel. Religionsgemeinschaft Badens offenbart: ihre Angehörigen sind durch die wirtschaftliche Krise hart betroffen; an die soziale Fürsorge der Gemeinden werden stärkste Anforderungen gestellt; die Steuereingänge mindern sich erheblich, und es ist schwer möglich, die Ausgaben entsprechend zu droffeln. Oberrat und Synode waren sich in dem Bestreben einig, alle berechtigten Ansprüche zu erfüllen; vielmehr dies mit den verfügbaren Mitteln möglich ist, wird die Zukunft zeigen. Es wurde daher dem Oberrat und dem Synodalausschuß die Ermächtigung erteilt, neben etwaiger Steuererhöhung die erforderlichen Mittel auch durch Einführung von Kirchgeld aufzubringen.

Die Tagung war dem Ernst der Zeit gemäß von dem Willen getragen, alles Gegenfällige zu vermeiden; sie wurde nach dem Dank an den Präsidenten für seine Geschäftsführung mit einer kurzen Ansprache von dem Vorsitzenden des Oberrats geschlossen.

### Aus der Landeshauptstadt

Kranzniederlegung auf dem Langemark-Friedhof. Aus Anlaß der am Sonntag, den 10. Juli 11.30 Uhr stattfindenden schlichten Beisetzungsfeier des Kriegerfriedhofes Langemark-Nord bei Ypern läßt die Stadt in dankbarem Gedenken an die auf dem Friedhof bestatteten Gefallenen des Infanterieregiments Karlsruhe Nr. 238 durch einen an der Feier teilnehmenden Vertreter der Vereinnahmten ehemaligen Offiziere des Regiments

## Karlsruher Konzerte

Nach der Badischen Musikhochschule ziehen nun auch Lehrer und Jünger des Musikischen Konservatoriums die Bilanz ihres Unterrichtsjahres. Es werden zwar vorläufig nur zwei — je eine instrumentale und vokale — Veranstaltungen sein, weitere sollen dann im Herbst gleich nach Beginn des Wintersemester folgen, wenn der geplante Neuaufbau auf eigenem Grundstück vollendet ist. Zum Übrigen leben wir ja noch immer im Hahn-Jahr, also lag es schon nahe, wenigstens das Programm des ersten Abends als eine richtige

### Hahn-Feier

zu gestalten. Sie hätte dank ihrer Vortragswahl zu einer schönen Nachspeise für Feinschmecker und Kenner werden können, noch wichtiger dünkte jedoch, daß nun auch die Schüler dieses Instituts sich einmal voll und ganz in der fließenden Melodienpracht der Hahnischen Musik tummeln dürften. Es gab indessen infolge plötzlicher Erkrankung einer Hauptbeteiligten leider mehrere Änderungen; so hörte man statt des vorgesehenen C-Dur-Biolinfonzertes nur einen Satz daraus, von Karl Huber freilich um so vorbildlicher gespielt. Für das Vogel-Quartett, das ganz wegfiel, sprang Lotte Münch mit einer Arie aus der „Schöpfung“ ein und gestaltete sie trotz kürzester Vorbereitungszeit stimmlich sehr ausdrucksvoll. Recht laut- und fasseltief zeigte sich weiterhin der junge Dirigentenamateur Wilhelm Sautter bei der Wiedergabe des D-Dur-Klavierkonzertes, während die von Frau Darmstadt geführte Pianistin Hanna Bodenheimer, anfänglich ein bißchen aufgeregt schien, später aber doch eigene Haltung gewann. Nach einer Orchesterprobe („Die Uhr“ aus der D-Dur-Sinfonie) gab sodann Direktor Theodor Münz mit dem von ihm instrumentierten Chor „Abendlied zu Gott“ der Veranstaltung,

einen Kranz mit Schleifen in den städtischen Farben niederlegen.

**Ehrenmal des Stadtteils Grünwinkel.** Die Einwohnerschaft des Vororts Grünwinkel hatte sich vor vier Jahren zur Aufgabe gemacht, den im Weltkrieg 1914-18 für das Vaterland gefallenen Vätern und Söhnen der Ortseinwohner, ein entsprechendes Ehrenmal zu errichten. Das Ehrenmal wird von gutem Hardheimer Muschellalkstein angefertigt und die Ausführung ist der Firma August und Carl Meyerhuber, Kunstbildhauer, Karlsruhe, übertragen worden. Als Aufstellungs-ort ist von der Stadtverwaltung der Platz bei der von Grünwinkel verlegten Kapelle am rechten Albufer, nächst der Konradin-Kreuzer-Straße vorgelesen und genehmigt worden. Der hinter dem Ehrenmal liegende freie Platz soll dem Stadtbebauungsplan entsprechend als Anlageplatz angelegt werden. Die Einweihung des Ehrenmals erfolgt voraussichtlich Mitte September 1932.

**Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus.** Am Samstag, den 9. Juli findet die Erstaufführung der Operette „Gräfin Mariza“ statt. Die feurige Musik mit ihrer Rhythmisierung und Gzardaseligkeit dürfte auch hier die Herzen der Besucher erobern. Emmerich Kálmán, ihr Komponist, hat mit dieser Operette seinen Namen durch aller Herren Länder getragen und überall große Erfolge errungen. Es wirken mit: Bauer, Loriff, Mader, Köfer, Eberl, Schniber, Mehner, Schwarz, Kraker, Schönhaler, Hellmuth, S. Ribinius, J. Sonntag. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr. Für Sonntag, den 10. Juli, ist eine Wiederholung der Operette „Frühlingsluft“ nach Motiven von Josef Strauß vorgelesen. Die Operette feiert durch die famose Darstellung des Künstlerpersonals bei jeder Aufführung neue Triumphe. Der Beginn dieser Vorstellung ist auf 19.30 Uhr festgelegt, worauf besonders hingewiesen sei.

**Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen:** Auch gestern verblieben wir noch innerhalb der maritimen Luft, so daß unsere Witterung noch wolkig und für die Jahreszeit zu kühl war. Heute morgen ist die Bewölkung über den nördlichen Landesteilen zurückgegangen, im Süden aber kommt es noch immer zu Niederschlägen. Ein von Westen vordringender Hochdruckrücken wird eine weitere Besserung unseres Wetters zur Folge haben. **Vorausage:** Zeitweise heiter, warm, örtliche Gewitterbildungen. **Wasserstände:** Waldshut 403 plus 41, Basel 206 plus 39, Schutterinsel 280 plus 85, Kehl 395 plus 20, Maxau 546 plus 5, Mannheim 439 minus 4, Caub über 200 Zentimeter.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

\* **Unterhüpf, 9. Juli.** Durch das nächtliche Wetter wurde die Grünernernte sehr verzögert; der Beginn der Grünernernte hat sich um circa 14 Tage verschoben. Letztes Jahr wurde bereits am 29. Juni neuer Grünern zum Verkauf gebracht. Grünern alter Ernte ist restlos aufgebraucht. Es ist mit einem mittleren Ertrag zu rechnen und der Preis wird nicht unter dem des vorigen Jahres liegen.

ld. **Reichenbach (bei Lahr), 8. Juli.** Der älteste Bürger der Gemeinde, Altbürgermeister Schüle, tam am 9. Juli in voller geistiger Rüstigkeit seinen 90. Geburtstag feiert.

ld. **Waldshut, 8. Juli.** Die Große Strafkammer des Landgerichts Waldshut verurteilte heute den Sieher Ludwig Veradorf aus Unterlauchringen und den Sieher Karl Hols aus Tiengen wegen Münzfälschung zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis. Die beiden Angeklagten hatten am 23. Mai d. J. im Keller der elterlichen Wohnung des Angeklagten Hols in Tiengen gemeinschaftlich 27 falsche Schweizer Fünf-Franc-Stücke angefertigt und sie im Bezirk Waldshut, Säckingen und Lorrach abgesetzt.

ld. **Kembs, 9. Juli.** Im Kraftwerksgebäude, auf französischer Seite des Wehrbaues Kembs, trug sich ein folgenschweres Explosionsunglück zu, das ein Todesopfer, zwei Schwer- und vier Leichtverletzte forderte. Beim probeweisen Betrieb einer Turbine erfolgte die Explosion eines elektrischen Kompressors. Durch die Metallstücke wurde der 51 Jahre alte Johann Wolfer von Uffheim auf der Stelle getötet. Die Arbeiter Ben Dreher und Casar Benicetti wurden schwer, vier weitere Arbeiter leichter verletzt.

ld. **Konstanz, 8. Juli.** Am 11. Juli feiert der hier im Ruhestand lebende bekannte badische Schulmann Friedrich Göbelbecker, seinen 70. Geburtstag. Die Lehrerschaft Badens wird an diesem Tage dankbar des Mannes gedenken, dessen 45jährige Tätigkeit als Schriftsteller ganz der Ausbildung der Unterrichtsmethoden der Volksschule und namentlich der kleinen Volksschulen gewidmet war. In den Jahren von 1887 bis 1927 gab er über 20 kleinere und größere Werte und Bandfalten heraus. Mit dem von ihm bearbeiteten Fabeln hat sich Göbelbecker bei Lehrern und Schülern ein dankbares Andenken geschaffen. Auch nach seiner Zuruheetzung beschäftigte er sich weiter mit pädagogischen Studien.

**Handel und Wirtschaft**

**Devisennotierungen der Reichsbank**

	9. Juli		8. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.13	170.47	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	81.62	81.78	81.47	81.63
Italien . . . 100 L.	21.48	21.52	21.49	21.53
London . . . 1 Pf.	15.06	15.10	—	—
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.525	16.565	16.525	16.565
Schweiz . . . 100 Fr.	82.02	82.18	82.05	82.21
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

**Kehler Hafenverkehr im Juni.** Im Monat Juni sind im Kehler Rheinhafen 419 Schiffe mit insgesamt 141 831 Tonnen Ladung eingelaufen, davon 379 zu Berg und 140 zu Tal. In der gleichen Zeit gingen 417 Schiffe (368 Berg- und 149 Tal-fahrt) mit insgesamt 42 123 Tonnen Ladung ab. Der Gesamtumschlag betrug demnach 836 Schiffe mit 183 954 Tonnen. Von Hauptschiff zu Hauptschiff wurden überschlagen insgesamt 69 899 Tonnen.

**Staatsanzeiger**

**Verordnung**

(Vom 8. Juli 1932)

**Politische Maßnahmen aus Anlaß der Reichstagswahl 1932.**

Auf Grund des § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs und § 108 Ziffer 2 des Polizeistrafgesetzbuchs, soweit erforderlich, auch auf Grund des § 29 des Polizeistrafgesetzbuchs, wird verordnet, was folgt:

**§ 1.**

- Es ist verboten:
1. Plakate politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen an anderen als den von der Ortspolizeibehörde zugelassenen Stellen anzubringen;
  2. Plakate politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen durch Umherfahren oder Umhertragen zur Schau zu stellen;
  3. Werbeaufschriften, Schriftbänder, Laufbänder, Projektionsbilder oder dgl. mit politischem Inhalt an, auf oder über öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anzubringen;
  4. Wahlparolen, Parteisymbole oder sonstige Aufschriften oder Zeichen politischen Inhalts, ferner Klebezettel oder Klebemarken auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen oder an Gegenständen anzubringen, die sich an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden;
  5. Flugblätter oder Flugschriften an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen aus Fahrzeugen aller Art (auch Flugzeugen) oder aus Gebäuden abzuwerfen;
  6. ohne Erlaubnis der Ortspolizeibehörde oder in Abweichung von den hierwegen erteilten Auflagen Propagandawagen, insbesondere mit Lautsprechern, Schallplattensystemen usw., an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen zu verwenden.

Abweichend von dem Verore nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1 und 2 ist es am Wahltag gestattet, in der unmittelbaren Umgebung der Abstimmungsräume Plakate auf Gestellen oder in sonstiger bisher üblicher Weise anzubringen oder umzutragen.

**§ 2.**

Die Befanngabe von Wahlergebnissen durch Bildwerfer, Lautsprecher oder ähnliche Vorrichtungen an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen ist nur nach näherer Anordnung der Ortspolizeibehörden zulässig.

**§ 3.**

Zu widerhandlungen werden gemäß den eingangs erwähnten Bestimmungen bestraft.

**§ 4.**

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 1932 außer Kraft.

Karlsruhe, den 8. Juli 1932.  
Der Minister des Innern  
Maier

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Beförderungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten**

**Aus dem Bereich des Justizministeriums**

**Ernannt:**

Amtsgerichtsrat Dr. Josef Grohmann in Bretten unter Verlegung an seinem Dienstort zugleich zum Amtsgerichtsrat in Eppingen, Justizinspektor Karl Gelfandörfer bei den Straf-anstalten in Freiburg zum Justizoberinspektor, Justizpraktikant Friedrich Wittiger beim Amtsgericht Säckingen zum Justizobersekretär, die Justizassistenten Emil Hilsinger beim Amtsgericht Bruchsal, Karl Sohns beim Amtsgericht Heidelberg, Josef Knell beim Amtsgericht Karlsruhe und Jakob Junter beim Amtsgericht Offenburg zu Justizsekretären, die Justizaktuare Adolf Höhrenbach bei der Staatsanwaltschaft Waldshut und Karl Beck beim Notariat Karlsruhe zu Justizassistenten, Justizaktuarin Elisabeth Keller beim Amtsgericht Mannheim zur Justizassistentin, Kanzleiaffistentin Antonie Damm beim Amtsgericht Baden-Baden zur Kanzleisekretärin, Kanzleihilfe Laver Knüpfer beim Landgericht Mosbach zum Kanzleiaffistenten.

**Befördert:**

Amtsgerichtsrat Wilhelm Weeber in Eppingen nach Heidelberg, Gerichtsverwalter Adolf Freyhöfer beim Amtsgericht Schwetzingen zum Amtsgericht Weinsheim, Obernetzfürer Georg Ludwig beim Jugendstift Sunnisheim in Sinsheim zu den Strafanstalten in Bruchsal, die Aufseher Heinrich Winter bei den Strafanstalten in Bruchsal zum Jugendstift Sunnisheim in Sinsheim, Adolf Kretschmer beim Jugendstift Sunnisheim in Sinsheim zu den Strafanstalten in Mannheim, Franz Keller beim Bezirksgefängnis Radolfzell zum Bezirksgefängnis Börtach.

**Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:**

Landgerichtspräsident Hermann Kirch in Mosbach und Bezirksmeister Johann Gangs bei den Strafanstalten in Freiburg auf 1. Oktober 1932.

**Badisches Landestheater Karlsruhe**

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus  
Spielplan vom 11. bis 17. Juli.  
Montag, 11. Juli. Geschlossene Vorstellung. Volksbühne 1, 20-23.  
Dienstag, 12. Juli. Gräfin Mariza, 20 bis gegen 23 (2,60).  
Mittwoch, 13. Juli. Frühlingsluft, 20-22.15 (2,60).  
Donnerstag, 14. Juli. Gräfin Mariza, 20 bis gegen 23 (2,60).  
Freitag, 15. Juli. Frühlingsluft, 20-22.15 (2,60).  
Samstag, 16. Juli. Zum erstenmal: Die Dollarprinzessin, Operette von K. R. Willner und F. Grünbaum. Musik von Leo Fall, 20 bis gegen 23 (2,60).  
Sonntag, 17. Juli. Gräfin Mariza, 19.30 bis gegen 22.30 (2,60).  
In Vorbereitung: „Die Geisha“, „Die Sardanapal“-

**Sonne**  
**BRIKETTS**

**PORPHYRWERK DOSSENHEIM**  
WANG KATTE  
DOSSENHEIM-NEAOTTE  
Lieferung aller Schlagschraubenschrauben  
Kettenschrauben  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

C. 266. Karlsruhe. Das Kontursverfahren über das Vermögen der Josef Blumenstetter Witwe, Sofie geb. Ruzberger in Karlsruhe, Steinstraße 21, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vornahme der Schlußverteilung aufgehoben. Karlsruhe, den 2. Juli 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

C. 549. Bruchsal. Das Kontursverfahren über das Vermögen des Händlers Peter Ffchbach in Bruchsal wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Bruchsal, den 7. Juli 1932. Amtsgericht IV.

**Badisches Landestheater**  
**Sommer-Operette**  
**im Städt. Konzerthaus**  
Sonntag, den 10. Juli 1932  
**Frühlingsluft**  
Operette von Karl Lindau und Julius Wilhelm  
Musik nach Motiven von Josef Strauß, zusammen- gestellt von Ernst Reiterer  
Dirigent: Pilger  
Regie: Reihner  
Mitwirkende:  
Hieronymus, Schwarz, Reihner, Kraker, Schönhaler, Hellmuth, Köfer, Eberl, Mader, S. Rindemann, Mateo, Bauer, Schniber, Mehner  
Anfang 19<sup>h</sup>, Ende 21<sup>h</sup>,  
Preise 1-3 RM

**Öffentliche Verbandssparkasse Mestrich**

**Bilanz per 31. Dezember 1931**

	Aktiva	RM	Passiva	RM
Kasse . . . . .	12 114,01		Spareinlagen . . . . .	1 969 742,49
Guthaben bei Banken und Postsparkasse . . . . .	1 185,34		Aufwertungs-spareinlagen . . . . .	1 220 436,62
Guthaben bei Bad. Komm. Landesbanken . . . . .	78 958,33		K Giroeinlagen . . . . .	35 808,74
Wechsel . . . . .	34 849,19		Kontokorrenteinlagen . . . . .	54 123,47
Kontokorrentkredite . . . . .	49 284,95		Schulden aus Sonderkreditmitteln . . . . .	23 643,89
Hypothekendarlehen . . . . .	1 341 522,24		Sonstige Schulden . . . . .	929,65
Gemeindeanleihen . . . . .	360 024,70		Rücklagen:	
Einlage beim Spar Giroverband . . . . .	42 500,—		a) gesetzl. Reservefonds . . . . .	91 340,45
Grundstückkaufgelder . . . . .	192 903,95		b) Sonderrücklage A . . . . .	39 673,51
Schuldenscheinanleihen . . . . .	138 249,55		c) Sonderrücklage B . . . . .	14 000,—
Sonstige Darlehen . . . . .	2 325,90		Rücklage im Jahre 1931 . . . . .	18 817,18
Kapitalanlagen aus Sonderkreditmitteln . . . . .	23 674,75			
Einnahmerückstände . . . . .	92 799,36			
Vorschüsse . . . . .	65,20			
Aufwertungsfordernngen . . . . .	1 031 208,48			
Rückständige Aufwertungs- zinsen . . . . .	27 849,05			
Gebäude . . . . .	36 000,—			
Gerätschaften . . . . .	3 001,—			
	<b>3 468 516,—</b>			<b>3 468 516,—</b>

**Berechnung der Rücklage**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: . . . . . = 164 005,55 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 . . . . . = 110 157,63 RM  
Mit hin fehlbetrag . . . . . = 53 847,92 RM  
Mestrich, den 31. Dezember 1931.  
7. Juli 1932. © 48

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Wending, Bürgermeister.  
Der Geschäftsführer: Dr. Wanner.

**Formulare**  
und sämtliche Drucksachen für Behörden i l a t e r i  
prompt und preiswert  
**G. BRAUN G.M.B.H.**  
vorm. G. Braunsche Hof- buchdruckerei und Verlag  
Karlsruhe, Karl-Friedrich- Straße 14. Telef. 952-954

**Gehwegplatten**  
Karlsruher Stadtplatten liefert  
**Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik**  
G. m. b. H.  
Karlsruhe-Hafen

**Landesbank für Haus- u. Grundbesitz** E. G. M. B. H. Karlsruhe  
mit Zweigstellen in Mannheim, Freiburg i. Br., Pforzheim, Kehl a. Rh. • Die Bank des Mittelstandes und des Hausbesitzes